



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

GREENPEACE



Pro Pödelwitz

ROBIN
WOOD



Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH
Dr. Armin Eichholz
Glück-Auf-Straße 1

06711 Zeitz
Telefax +49 (0) 3441 684-416

Groitzsch, 20. März 2017

Moratorium für die Zerstörung der Gebäude in Pödelwitz und Obertitz und den sofortigen Stopp von Umsiedlungsanbahnungen

Sehr geehrter Herr Dr. Eichholz,

die MIBRAG beabsichtigt mit Pödelwitz und Obertitz Ortsteile der Gemeinde Groitzsch abzubaggern, um die darunter liegende Braunkohle zu gewinnen. Dafür liegt frühestens 2022 eine Genehmigung vor; dennoch strebt die MIBRAG an, unter anderem unter Denkmalschutz stehende Gebäude in Pödelwitz demnächst abzureißen. Auch die Abbaggerung von Obertitz ist vor dem Hintergrund der klimapolitischen Beschlüsse der Bundesregierung nicht zu rechtfertigen.

Durch das Vorgehen der MIBRAG werden Tatsachen geschaffen, die ein lebensfähiges Fortbestehen der beiden Dörfer massiv gefährden. Die verbliebenen Einwohnerinnen und Einwohner von Pödelwitz werden deshalb gegen den zu erwartenden Plan vor Gericht ziehen und auch die Stadt Groitzsch lässt sich anwaltlich gegen die Pläne der MIBRAG vertreten.

Hinzu kommt, dass im Rahmen der nationalen wie internationalen Verpflichtungen der Bundesregierung der schrittweise Kohleausstieg beschlossene Sache ist. Vor diesem Hintergrund dürfen keine schwer rückgängig machbaren Tatsachen geschaffen und bestehende Strukturen zerstört werden.

Daher fordern wir die MIBRAG auf

- **die Gebäude zu erhalten, keine weitere Infrastruktur zu zerstören und die Lebensqualität im Dorf nicht weiter zu beeinträchtigen,**
- **die in den Nachbarschaftsverträgen zugesicherten Maßnahmen für Lärm- und Staubschutz der Betroffenen unverzüglich umzusetzen sowie**
- **weitere Umsiedlungsanbahnungen zu unterlassen.**

Wir bitten die Staatsregierung um Unterstützung bei der Umsetzung dieses Moratoriums.

Hintergrund

Der Einstieg in den deutschen Kohleausstieg ist bereits beschlossene Sache. Der im vergangenen Herbst von der Bundesregierung verabschiedete Klimaschutzplan 2050 legt ein CO₂-Reduktionsziel für die Energiewirtschaft fest, welches ohne das Abschalten von Kohlekraftwerken nicht zu erreichen ist. Die geltenden Klimaziele der Bundesregierung sowie die Verpflichtung nach dem Pariser Klimaabkommen haben zur Folge, dass mindestens 60 Prozent der Kohle aus den bereits genehmigten Braunkohletagebauen nicht mehr gefördert werden darf. Bezogen auf die Braunkohlepläne der Länder dürfen sogar drei Viertel der Braunkohle nicht gehoben werden.

Bis zu einer politischen Einigung, wie man den Kohleausstieg nach den Klimazielen der Bundesregierung ausgestaltet und bis ein genehmigter und gerichtlich nicht mehr anfechtbarer Rahmenbetriebsplan vorliegt, braucht es zum Schutz der betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner und der Dorfstrukturen ein Moratorium für alle weiteren Vorbereitungen zur Tagebauerweiterung. Die Menschen in Pödelwitz und Obertitz haben ein Anrecht auf eine lebenswerte Heimat und den Verbleib in ihren Häusern.

Die Staatsregierung steht in der besonderen Pflicht, den Beschluss des Sächsischen Landtages zu Drucksache 3/9540 umzusetzen (Heuersdorfgesetz, durch den Sächsischen Landtag beschlossen am 22.04.2004). Damals war der Ort Pödelwitz in einer umfangreichen Variantenuntersuchung zum „Schutzgut“ erklärt worden, wenn Heuersdorf abgebaggert wird.

Zudem werden bis heute die in den Nachbarschaftsverträgen zugesicherten Maßnahmen für Lärm- und Staubschutz der Betroffenen nicht umgesetzt. Dadurch wird in Kauf genommen, dass die Lebensqualität in den angrenzenden Orten sinkt.

Mit freundlichen Grüßen


Antje von Brook, **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.**, stv. Geschäftsführerin


Martin Kaiser, **Greenpeace e. V.**, Geschäftsführer Kampagnen

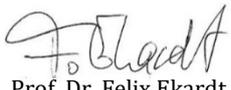

Dr. Christiane Averbeck, **Klima-Allianz Deutschland**, Geschäftsführerin


Leif Miller, **NABU**, Geschäftsführer

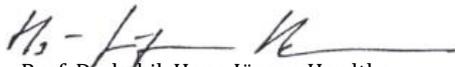

Alexander Valerius, **ROBIN WOOD e.V.**, Vorstandssprecher


Christoph Heinrich, **WWF Deutschland**, Vorstand Naturschutz

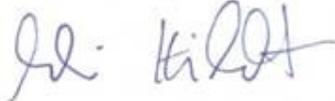

Jens Hausner, **Bürgerinitiative „Pro Pödelwitz“**, Sprecher


Prof. Dr. Felix Ekardt, **BUND Sachsen**, Vorsitzender


Bernd Heinitz, **NABU Sachsen**, Vorsitzender


Prof. Dr. habil. Hans-Jürgen Hardtke, **Landesverein Sächsischer Heimatschutz e.V.**, Vorsitzender


Dorothee Berthold, **BUND Lützen**, Vorsitzende


Martin Hilbrecht, **BUND Leipzig**, Vorsitzender

Friederike Kaltoven, **Evangelisch-Lutherisches Kirchenspiel Groitzsch**, Pfarrerin
Hardy Feldmann, **Lausitzer Klima- und Energiecamp**, Sprecher

Dieser offene Brief geht zeitgleich an den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich.



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

GREENPEACE



Pro Pödelwitz

ROBIN
WOOD



Sächsische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident
Stanislaw Tillich

01095 Dresden
Telefax +49 (0)351 5641008

Groitzsch, 20. März 2017

Moratorium für die Zerstörung der Gebäude in Pödelwitz und Obertitz und den sofortigen Stopp von Umsiedlungsanbahnungen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die MIBRAG beabsichtigt mit Pödelwitz und Obertitz Ortsteile der Gemeinde Groitzsch abzubaggern, um die darunter liegende Braunkohle zu gewinnen. Dafür liegt frühestens 2022 eine Genehmigung vor; dennoch strebt die MIBRAG an, unter anderem unter Denkmalschutz stehende Gebäude in Pödelwitz demnächst abzureißen. Auch die Abbaggerung von Obertitz ist vor dem Hintergrund der klimapolitischen Beschlüsse der Bundesregierung nicht zu rechtfertigen.

Durch das Vorgehen der MIBRAG werden Tatsachen geschaffen, die ein lebensfähiges Fortbestehen der beiden Dörfer massiv gefährden. Die verbliebenen Einwohnerinnen und Einwohner von Pödelwitz werden deshalb gegen den zu erwartenden Plan vor Gericht ziehen und auch die Stadt Groitzsch lässt sich anwaltlich gegen die Pläne der MIBRAG vertreten.

Hinzu kommt, dass im Rahmen der nationalen wie internationalen Verpflichtungen der Bundesregierung der schrittweise Kohleausstieg beschlossene Sache ist. Vor diesem Hintergrund dürfen keine schwer rückgängig machbaren Tatsachen geschaffen und bestehende Strukturen zerstört werden.

Daher fordern wir die MIBRAG auf

- **die Gebäude zu erhalten, keine weitere Infrastruktur zu zerstören und die Lebensqualität im Dorf nicht weiter zu beeinträchtigen,**
- **die in den Nachbarschaftsverträgen zugesicherten Maßnahmen für Lärm- und Staubschutz der Betroffenen unverzüglich umzusetzen sowie**
- **weitere Umsiedlungsanbahnungen zu unterlassen.**

Wir bitten die Staatsregierung um Unterstützung bei der Umsetzung dieses Moratoriums.

Hintergrund

Der Einstieg in den deutschen Kohleausstieg ist bereits beschlossene Sache. Der im vergangenen Herbst von der Bundesregierung verabschiedete Klimaschutzplan 2050 legt ein CO₂-Reduktionsziel für die Energiewirtschaft fest, welches ohne das Abschalten von Kohlekraftwerken nicht zu erreichen ist. Die geltenden Klimaziele der Bundesregierung sowie die Verpflichtung nach dem Pariser Klimaabkommen haben zur Folge, dass mindestens 60 Prozent der Kohle aus den bereits genehmigten Braunkohletagebauen nicht mehr gefördert werden darf. Bezogen auf die Braunkohlepläne der Länder dürfen sogar drei Viertel der Braunkohle nicht gehoben werden.

Bis zu einer politischen Einigung, wie man den Kohleausstieg nach den Klimazielen der Bundesregierung ausgestaltet und bis ein genehmigter und gerichtlich nicht mehr anfechtbarer Rahmenbetriebsplan vorliegt, braucht es zum Schutz der betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner und der Dorfstrukturen ein Moratorium für alle weiteren Vorbereitungen zur Tagebauerweiterung. Die Menschen in Pödelwitz und Obertitz haben ein Anrecht auf eine lebenswerte Heimat und den Verbleib in ihren Häusern.

Die Staatsregierung steht in der besonderen Pflicht, den Beschluss des Sächsischen Landtages zu Drucksache 3/9540 umzusetzen (Heuersdorfgesetz, durch den Sächsischen Landtag beschlossen am 22.04.2004). Damals war der Ort Pödelwitz in einer umfangreichen Variantenuntersuchung zum „Schutzgut“ erklärt worden, wenn Heuersdorf abgebaggert wird.

Zudem werden bis heute die in den Nachbarschaftsverträgen zugesicherten Maßnahmen für Lärm- und Staubschutz der Betroffenen nicht umgesetzt. Dadurch wird in Kauf genommen, dass die Lebensqualität in den angrenzenden Orten sinkt.

Mit freundlichen Grüßen


Antje von Brook, **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.**, stv. Geschäftsführerin


Martin Kaiser, **Greenpeace e. V.**, Geschäftsführer Kampagnen

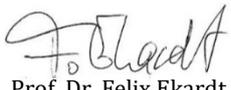

Dr. Christiane Averbeck, **Klima-Allianz Deutschland**, Geschäftsführerin


Leif Miller, **NABU**, Geschäftsführer


Alexander Valerius, **ROBIN WOOD e.V.**, Vorstandssprecher


Christoph Heinrich, **WWF Deutschland**, Vorstand Naturschutz

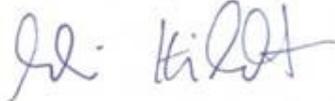

Jens Hausner, **Bürgerinitiative „Pro Pödelwitz“**, Sprecher


Prof. Dr. Felix Ekardt, **BUND Sachsen**, Vorsitzender


Bernd Heinitz, **NABU Sachsen**, Vorsitzender


Prof. Dr. habil. Hans-Jürgen Hardtke, **Landesverein Sächsischer Heimatschutz e.V.**, Vorsitzender


Dorothee Berthold, **BUND Lützen**, Vorsitzende


Martin Hilbrecht, **BUND Leipzig**, Vorsitzender

Friederike Kaltofen, **Evangelisch-Lutherisches Kirchenspiel Groitzsch**, Pfarrerin
Hardy Feldmann, **Lausitzer Klima- und Energiecamp**, Sprecher

Dieser offene Brief geht zeitgleich an den an Dr. Armin Eicholz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH.